

Denn wir wissen nicht, was wir tun.

Mag. Stephan Weinberger
gewerbl. gepr. u. unabh. Vermögensberater

2371 Hinterbrühl, Gaadnerstraße 18 b
Tel. & Fax : +43 2236 45 0 74
Mobiltel. : +43 664 15 22 146
E-mail : office@weinberger-vif.at
Homepage : www.weinberger-vif.at

Es hätte nicht der unlängst veröffentlichten AXA-Studie bedurft, um zu erfahren, dass die Finanzbildung der Österreicher - salopp ausgedrückt - ‚unterm Hund‘ ist. Mehr als die Hälfte der Befragten gab freimütig zu, keine Ahnung über die Funktion der Finanzmärkte und des Geldes zu haben (da dürften auch einige Politiker darunter gewesen sein, denn die bei einigen Statements durchschimmernde Ahnungslosigkeit ist mehr als beunruhigend). Das offensichtliche Desinteresse an diesen Dingen ist einerseits erstaunlich, weil es im krassen Widerspruch zur wichtigen Rolle steht, die Geld in unserem heutigen Leben spielt, aber andererseits eine Erklärung dafür, dass nach wie vor selbstgefällige Ruhe im Lande herrscht und im Grunde der Funktion unseres Währungs- und Finanzsystems sowie den Banken, Versicherungen usw. vertraut wird. Na also, werden die Optimisten sagen, Vertrauen ist ja eine der tragenden Säulen unseres Systems. Aber eben nur eine, kontern die kritischen Spaßverderber.

Jedenfalls erklären Desinteresse, Unkenntnis und Vertrauen (DUV) die in Österreich angesichts der dramatischen Entwicklungen in den letzten Monaten und Wochen herrschende Unaufgeregtheit. Die ist zwar zweifellos besser als Panik, hat aber den Nachteil, dass so gut wie nichts geschieht und das zur Behebung der Krise notwendige Räderwerk zu zaghaft in Gang gesetzt wird. Es ist schon kurios, da geht in Europa fast das Licht aus, es ist ein noch nie dagewesener politischer Kraftakt notwendig, um den Euro noch einmal halbwegs zu stabilisieren, und bei uns wird so getan als wäre alles in bester Ordnung, getreu dem Spruch ‚was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß‘. Aber im Verdrängen waren die Österreicher ja schon immer Weltmeister. Sigmund schau oba.

Keine leichte Situation für gewissenhafte Finanzberater, die auch über den Tellerand blicken, denn ‚wie sag‘ ich‘s meinen Klienten‘?

Verkaufsorientiert agierende ‚Wird-schon-alles-gut-gehen-Berater‘, Banken, Versicherungen etc. haben da weniger Skrupel. Sie scheren sich einfach nicht um strukturelle Euro- und Finanzmarktprobleme und denken, während sie bequem auf der DUV-Welle surfen, primär ans eigene Überleben und Provisionen - ohne Rücksicht auf (oft schon vorprogrammierte) Verluste von Investorengeldern. Ein ‚aufrechter‘ Berater kann diese eigennützige und zweckoptimistische Vorgangsweise nur als grob fahrlässig verurteilen. Klar ist aber auch, dass Letztere eher das ist, was Investoren hören und glauben wollen.

Tja, auch wenn wir alle nicht wissen, wohin die Reise geht (misstrauen Sie jedem, der das Gegenteil behauptet), finde ich, dass man seinen Klienten trotzdem reinen Wein einschenken und die Geschehnisse der letzten Zeit ins richtige Licht rücken muss, auch wenn man damit eher Ängste schürt, sich unbeliebt macht (der Bote ist der Tote) und sicherlich nicht seine Vermittlungserfolge steigert.

Trotzdem, die Situation ist kritisch und es ist Aufgabe eines verantwortungsvollen Beraters, die Ursachen und die Dimension dieser Krise aufzuzeigen sowie auf die möglichen Auswirkungen hinzuweisen. Ob und inwieweit ein Investor diese dann bei seinen Anlageentscheidungen berücksichtigt, bleibt ohnehin ihm überlassen.

Wo liegt also der Hund begraben? **Wo lauert derzeit die größte Gefahr?**

Gleich vorweg: **im strauchelnden Währungssystem** als Folge von Miswirtschaft. Ein funktionierendes Währungssystem ist das Fundament jeder entwickelten Gesellschaft. Geld ist das Schmiermittel unseres Wirtschaftssystems, ohne Geldstabilität kann weder der Wirtschaftsmotor rund laufen, noch können die Finanzmärkte funktionieren. Katastrophen, Börsencrashes und Wirtschaftsprobleme sind grimmig, aber in ihrer Zerstörungskraft nicht annähernd so schlimm wie ein Währungskollaps und davor ist leider auch ein Euro nicht gefeit. Durch schwere Konstruktionsfehler bei Schaffung der Euro-Währungsunion ist er sogar stärker gefährdet als offiziell zugegeben wird.

Eine Währungsunion kann ohne gemeinsame Wirtschaftspolitik à la longue nicht problemlos funktionieren, zumal dann nicht, wenn zwischen den Mitgliedsstaaten so große wirtschaftliche Unterschiede bestehen wie das in der EU der Fall ist. Diejenigen, die seinerzeit vor dieser Entwicklung gewarnt haben, wurden als Nestbeschmutzer beschimpft, doch hätte man nur auf sie gehört, denn mittlerweile türmen sich in einigen EU-Staaten gewaltige Finanzprobleme auf, denken Sie nur an Griechenland und alle anderen PIGS (= Portugal, Ital. + Irl., auch GB u. Spanien).

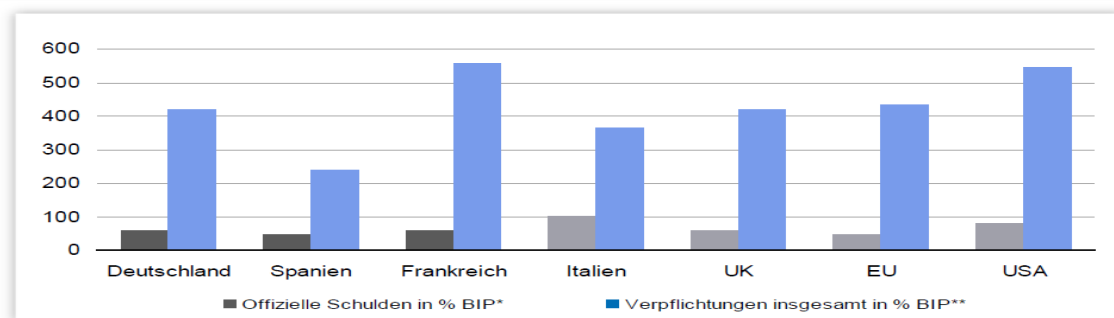
Und eben weil der Euro schon mit einem Geburtsfehler zur Welt kam, Währung und Geldwertstabilität aber für die wirtschaftliche Entwicklung extrem wichtig sind, ist es unverständlich, dass die westlichen Industrienationen, allen voran die europäischen und die USA, mit all ihren Behörden und Kontrollinstitutionen wider besseres Wissen über Jahre die primitivsten Grundregeln missachtet haben, die langfristig die reibungslose Funktion unserer Währungssysteme garantieren (noch dazu, da deren Verletzung schon viele Systeme zu Fall gebracht hat und danach immer geschworen wurde, dass sich das nicht wiederholen werde).

Durch die seit den 90-er Jahren boomende Finanzindustrie, die ja keine Waren, sondern nur Geld aus Geld produziert, aber auch durch den hohen Verschuldungsgrad der öffentlichen und privaten Haushalte, wurden die Währungssysteme extrem aufgebläht. Der Großteil dieses neu geschaffenen Geldes floss und fließt aber nicht in die Realwirtschaft, wo es für eine weltweite Konjunktur und Beseitigung des Elends in der Welt sorgen könnte, sondern wieder in die Finanzmärkte. Dadurch entstanden dort riesige Geldblasen und Ungleichgewichte, die unser Währungs- und Finanzsystem in bedrohliche Unordnung gebracht und die Gefahr einer Implosion mit all ihren verheerenden Folgen erschreckend erhöht haben.

Wenigstens diese drohende Gefahr dürften die meisten Politiker - und ich meine damit nicht nur die österreichischen - zwischenzeitig erkannt haben, aber leider

erst, nachdem sie jahrelang nichts gegen diese unheilbringende Entwicklung unternommen haben - im Gegenteil. Das Wahlvolk wurde mit teuren Versprechungen geködert, die auf Basis der regulären Steuereinnahmen nicht zu erfüllen waren. Mit dem Resultat, dass auch in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs die aufgenommenen Schulden nicht abgebaut, sondern noch vermehrt wurden. Eine unverantwortliche, ja geradezu kriminelle Vorgangsweise, weil durch die gesetzlich verbotene(!) Schuldenreiterei (= zur Bedienung der steigenden Schulden werden immer wieder neue Schulden gemacht) diese explosive Situation geschaffen und so die Finanzen fast aller Staaten in eine nahezu ausweglose Situation manövriert wurden.

Nachfolgender OECD-Statistik ist zu entnehmen, dass die in ihrer Dimension ohnehin schon beunruhigend hohen offiziellen Staatsschulden in Relation zum Bruttoinlandsprodukt der einzelnen Länder, die tatsächliche Größe des Problems sogar noch verniedlichen (die nicht minder hohen Schulden der privaten Haushalte sind da noch gar nicht berücksichtigt). Die Summe aller finanziellen Verpflichtungen der Staaten liegt nämlich um ein X-faches höher, in Frankreich und den USA im Jahre 2009 bei 550% des Bruttoinlandsproduktes! Und heuer haben sich diese Werte noch einmal signifikant erhöht. (** OECD-Schätzung)



* 2010 OECD Projektion

Mit anderen Worten, zur Abtragung dieser enormen Schuldenberge müssten alle Bewohner dieser Staaten schon mehrere Jahre lang gratis arbeiten. Wenn Sie nun bedenken, dass die Österreicher im Durchschnitt schon jetzt die Hälfte ihres Verdienstes aufwenden, also das erste Halbjahr ausschließlich dafür arbeiten müssen, um ihre Steuern eines Jahres bezahlen zu können und dadurch gerademal der problematische Status Quo erhalten werden kann, dann können Sie sich ausrechnen, wie unrealistisch ein zügiger Schuldenabbau in Zukunft ist.

Ohne Entschuldung ist aber unser Währungssystem nicht wieder in den Griff zu bekommen und dessen Kollaps vorprogrammiert.

Welche **Möglichkeiten der Entschuldung** gibt es?

Wie bereits in meinem Newsletter vor einem Jahr (Juli 2009) ausgeführt, gibt es vier Strategien:

1. **Reduktion der Staatsausgaben** – sorry, scheint politisch und strukturell in einer Demokratie im notwendigen Ausmaß nicht durchsetzbar, auch weil - so lange es geht - niemand auf seine Pfünde verzichten will und wird, die noch dazu oft auch gesetzlich abgesichert sind; so wie es aussieht, könnten erst nach einem völligen Zusammenbruch des Staatswesens, also in der Phase des Wiederaufbaus, die Weichen für schlankere und effizientere, also weniger kostenintensive Verwaltungsstrukturen und weniger Staat im Staat gestellt werden.

2. **Erhöhung der Staatseinnahmen** durch noch mehr Steuern – durch die bereits bestehende hohe Steuerbelastung ist hierfür nur mehr unzureichender Spielraum vorhanden, wenn man die Chance auf einen baldigen und für die Funktion des Staates notwendigen Wirtschaftsaufschwung nicht völlig abwürgen möchte.

3. **Inflation** – gefährlicher Weg, der aber immer wahrscheinlicher wird, weil durch die damit verbundene Geldentwertung auch die bestehenden Schulden real an Wert verlieren.

4. **Währungsreform** – letzter Ausweg mit dramatischen Auswirkungen auf unsere Gesellschaft durch massive Entwertung des Geldes und Vernichtung von Kapitalvermögen.

Doch selbst wenn eine rechtzeitige Entschuldung gelingen sollte, wäre das erst der halbe Weg, denn zur Stabilisierung unseres Währungssystems ist es auch unerlässlich, die **Geldmenge zu reduzieren** sowie die stark **expansive Geldschöpfung** und den ausufernden **Derivatemarkt einzudämmen** - eine Mammutaufgabe, die ohne schwere Lateralschäden nicht zu bewerkstelligen ist! Da die Globalisierung in keinem Bereich so weit fortgeschritten ist wie in der Finanzwirtschaft, müssten somit auch global restriktivere Rahmenbedingungen geschaffen und die Akteure im gesamten Finanzapparat an die Kandare genommen werden. Und genau da liegt das Problem, denn einerseits gibt es keine global anerkannte Instanz dafür und andererseits ist es doch völlig illusorisch und blauäugig, von Banken, Investmenthäusern und multinational agierenden Konzernen freiwillig eine Änderung ihrer systemschädlichen, aber gewinnbringenden Geschäftspraktiken zu erwarten.

Zusätzliche Erschwernis: im Sog des verirrten Zeitgeistes hat auch die Politik das Heft aus der Hand und sukzessive an die entfesselten Finanzmärkte abgegeben. Obwohl sich das neoliberalistische Dogma der sich selbst regulierenden Märkte spätestens im Jahre 2008 als falsch entpuppt hat, ist es also - selbst nachdem die Wirtschaftskrise mit voller Wucht über uns hereingebrochen ist - äußerst schwierig bis unmöglich, ‚zurückzurudern‘ und wieder restriktivere, international anerkannte Spielregeln einzuführen, damit die Staaten raschest wieder die Oberhand über die Finanzmärkte und damit auch über das Währungssystem gewinnen.

Bleiben aber weiterhin die alten unzureichenden Spielregeln in Kraft, dann steigen die Gewinnchancen auch dann nicht, wenn man mehr Spieler aufs Feld bringt oder das Spielkapital erhöht. Genau das passierte aber in der EU, indem man einen ‚750 Mrd.-Rettungsschirm‘ aufspannte. Also anstatt durch strengere Regulierungen die angeschlagene Währung zu stützen, tanzt Europa mit den Finanzmärkten und erhöhte einfach den Einsatz im weltumspannenden Devisenpoker. Damit wurde dem Euro aber endgültig das stabile Fundament entzogen. Die Europäische Zentralbank - EZB, die sich einst die unabdingbare Stabilität des Euro auf ihre Fahnen geheftet hat, musste sich der politischen Schwäche sowie dem Markt beugen und ihre hehren Grundsätze über Bord werfen. So mutierte der Euro über Nacht von einer Hart- zu einer anfälligen Weichwährung. Starke Kursverluste gegenüber dem US-Dollar sind die logische Folge und - was noch schlimmer ist - damit wurde der Inflation im Euro-Raum Tür und Tor geöffnet.

Der Karren ist also ordentlich verfahren, meine Herrschaften, und selbst die Stirn der größten Optimisten liegt in Sorgenfalten. Ich werde in diesem unerfreulichen Umfeld natürlich des öfteren nach meiner persönlichen Einschätzung der Lage und weiteren Entwicklung gefragt. Da würde ich immer an einer Antwort.

Nicht weil ich keine Meinung hätte, aber

1. aufgrund der vielschichtigen Probleme muss auch die Antwort so ausfallen,
2. muss man zwischen Real- und Finanzwirtschaft unterscheiden und auch regional differenzieren,
3. ist selbst eine fundierte Meinung nur eine Meinung, die auch falsch und daher kontraproduktiv sein kann, weil
4. Ereignisse sich weitestgehend unabhängig von realen Grundlagen aufschaukeln können und somit beispielsweise Anleger durch Panikverkäufe gemeinsam das herbeiführen, wovor sie sich gemeinsam fürchten: den Crash.

Gestatten Sie mir abschließend ad hoc nur einen kleinen, weil erhellenden **Exkurs in die Volkswirtschaftslehre**. Da lautet ein in der Vergangenheit mehrfach verifizierter Lehrsatz: ‚Mit zunehmendem Alter einer Volkswirtschaft gewinnen die Faktoren und Vorgänge am Geld- und Finanzgütersektor exponentiell an Bedeutung und überragen letztlich die realwirtschaftlichen Faktoren‘. Das heißt, dass es in allen entwickelten Volkswirtschaften in langjährigen Zyklen immer wieder zu einer sukzessiven Geldvermehrung kommt, was einerseits auf den Zinseszinsseffekt bei Guthaben und andererseits auf Geldschöpfung zurückzuführen ist, beispielsweise durch Kredite und derzeit insbesondere durch Derivate.

Das Muster wiederholt sich: gegen Ende eines jeden Zyklus wird zunehmend Geld zulasten der Realwirtschaft in die Finanzmärkte transferiert. Erfolgt dann seitens der Machthaber keine Korrektur, die das verhindert - was bislang noch nie gelungen ist -, dann führt dies zwangsläufig im Realgütersektor zu einer Deflation (Investitionen und Nachfrage sinken) sowie zu einer Inflation im Finanzgütersektor (durch die zunehmende Geldmenge). Das kann nur so lange gut gehen, solange diese auseinanderlaufende Entwicklung durch ein ausreichend hohes Wirtschaftswachstum ausgeglichen werden kann. Da das Geldguthaben durch den Zinseszinsseffekt aber exponentiell wächst, in der Realwirtschaft aber kein exponentielles Wachstum möglich ist, endet jeder Zyklus zwangsläufig mit einem Systemkollaps, durch den dann wieder das Gleichgewicht zwischen Real- und Finanzgütersektor hergestellt wird. Das ist die bittere und von vielen verkannte Realität. Wer aber aus den Fehlern nicht lernt, ist gezwungen, diese zu wiederholen.

Die derzeit an den Finanzmärkten - wie oben aufgezeigt - und in der Wirtschaft konstatierbaren Probleme sind zweifellos die eines zu Ende gehenden Zyklus. Die ‚Einschüsse‘ kommen immer näher und werden immer massiver. Der Thriller der nächsten Jahre wird sein, wie lange das Ende dieses Zyklus hinausgezögert und dieses marode System noch am Laufen gehalten werden kann. Wie gesagt, durch drakonische Einschnitte wäre ein längeres Hinauszögern möglich, beispielsweise indem alle auf ihre Sparguthaben verzichten und diese zum Abbau der öffentlichen Schulden verwendet werden. Beurteilen Sie selbst, wie wahrscheinlich die Umsetzung so einer Maßnahme in einer Demokratie ist. Wären Sie dafür?

So wird seitens der Politik auf Zeit gespielt. Die **Intensivphase des Herumwurstelns** hat begonnen, weil die für eine nachhaltige Systemreparatur erforderlichen Radikalkuren in unserer Gesellschaft gar nicht oder nur um den Preis schwerer sozialer Unruhen durchsetzbar sind. Daher begnügt man sich nun damit, Feuerwehr zu spielen. Und droht das System irgendwo einzuknicken, dann wird es rasch gepölzt (s. Konjunkturpakete und 750 Mrd.-Rettungsschirm). Das hilft zwar kurzfristig, aber - wie oben aufgezeigt - nimmt dadurch die Labilität unseres Systems nur noch weiter zu. Möge sich jeder selbst seinen Reim darauf machen.

Wie lassen sich Ihre Ersparnisse gut durch diese Krise bringen?

Bedenken Sie, dass es im Zuge einer schweren Finanzkrise mit Währungsproblemen zu einer ‚**Risikoinversion**‘ kommt. Das heißt, das das, was in einem stabilen Finanzsystem als sicher gilt, wie beispielsweise Bargeld, Sparbuch, Staatsanleihen, Garantieprodukte, Versicherungen usw., bei Banken- und Staatsproblemen sowie bei Anstieg der Inflationsrate zunehmend (wert)verlustgefährdet ist, also unsicher, während das, was im herkömmlichen Sinne als riskanter und unsicher gilt, wie Aktien(fonds), Unternehmensbeteiligungen usw., durch den Sachwertcharakter in schweren Krisensituationen eine höhere Krisenresistenz und damit geringere Verlustgefahr aufweist – hängt natürlich auch von den ausgewählten Sachwerten ab.

Dementsprechend ist die vielfach beobachtete **Auflösung aller Investments** - aus Angst vor Verlusten - und Einzahlung des Geldes auf ein Sparbuch **der falsche Weg**. Die Banken leiden nach wie vor unter massiven Problemen (‚Ein Hauch von Lehman umweht die Bankenwelt‘ titelte dazu DER STANDARD am 10.6.2010 im Wirtschaftsteil). Die im Umfang überzogenen und viel zu undifferenzierten staatlichen Stützungen - ohne jegliche Sanktionen! - haben zu keiner Änderung der Geschäftspolitik geführt, die Probleme also nur verschoben und keinesfalls gelöst. Deswegen ist zu viel ‚cash‘ heute sicherlich nicht fesch, sondern droht - auch angesichts des am Horizont auftauchenden Inflationsgespenstes - ‚trash‘ zu werden. Oder finden Sie es unter diesen Vorzeichen wirklich eine gute Idee, einem Unternehmen (Bank) Geld zu borgen, das in strukturelle und finanzielle Not geraten ist? Indem Sie Ihr Geld aufs Sparbuch legen, tun Sie aber genau das.

Vergessen Sie nicht, anlagetechnisch ist Bargeld auch nur als eine Anlageklasse zu sehen, die mit Chancen und Risiken behaftet ist. Deswegen und zur Vermeidung des Klumpenrisikos muss man gerade in diesem kritischen Umfeld auch in Bezug auf Geld das grundlegende Anlageprinzip der breiten Risikostreuung beachten. Denn durch Verteilung des Barvermögens auf möglichst viele Anlageklassen reduziert sich das Gesamtrisiko, insbesondere durch Investition in **Sachwerte**, wie

- **Immobilien** (bevorzugterweise Vorsorgewohnungen, aber auch gut konzipierte Immobilienbeteiligungen, durch die Sie weder Arbeit mit der Immobilie noch Ärger mit Mietern haben),
- **Edelmetalle** (ev. mit physischer Einlagerung, wobei auch hier das Klumpenrisiko durch zu starke Konzentration auf **Gold** zu vermeiden ist – Anm.: Aufgrund der starken Preisschwankungen von Gold hat der OGH dieser Tage das Investment in Gold als **nicht mündelsicher** eingestuft),
- **Rohstoffe** (ev. auf Zertifikatebasis) und auch
- **Beteiligungen** an soliden und gut geführten Basisindustrien bzw. an zukunftsorientierten Unternehmen mit innovativen Technologien. Da zählen auch Energieversorger (mit **Alternativenergien**), aber beispielsweise auch **Infrastrukturunternehmen** sowie **Wald- und Agrarinvestments** dazu, die privat betrieben werden.

Sachwerte weisen zwar den Nachteil der längeren Kapitalbildung auf, doch Vermögen lässt sich nachweislich nur in Sachwerten, wozu auch noch ausgesuchte **Aktien mit hohem Sachwert** und viele **alternative Investments** zählen, über schwere Wirtschaftskrisen retten.

Für den ebenfalls notwendigen Bestand an Barmitteln, also Vermögensteile, die bei Bedarf jederzeit eingelöst werden können, bieten sich auch für weniger risikofreudige Investoren derzeit **inflationsgeschützte Anleihen, vermögensverwaltende Mischfonds** und **aktiv gemanagte ETF-Dachfonds** an. In unserer schnelllebigen und unsicheren Zeit mit dementsprechend hohen Volatilitäten an den Märkten ist es zum Schutze von Vermögen unerlässlich geworden, aktive und massiv EDV-technisch unterstützte Managementsysteme einzusetzen. Die Investmentfonds der neuen Generation können so in Aufschwungphasen an den Kursgewinnen partizipieren und in schwierigen Marktphasen sofort umschichten, um Kursrückgänge weitestgehend zu vermeiden. Im Crash-Jahr 2008 konnten die Fonds dieser Art beweisen, ob sie auch halten können, was sie versprechen.

Die Zeiten des Aussitzens von Kursverlusten sind definitiv vorbei. Diese Strategie hat den Investoren über die letzten zehn Jahre größtenteils Verluste beschert und angesichts der massiven und oben aufgezeigten Probleme an den Finanzmärkten dürfte sich das auch in den nächsten zehn Jahren kaum ändern. Es lässt sich längerfristig nur mehr dann eine attraktive Anlagerendite erzielen, wenn Investments zu keinem Zeitpunkt zu stark an Wert verlieren und daher keine langen Kurserholungsphasen notwendig sind.

Über die derzeit dominierenden Probleme sollten Sie aber **drei Dinge nicht vergessen:**

1. **Finanzmarkt ist nicht gleich Wirtschaft**, durch die zwischenzeitig durch viel zu hohe Liquidität aufgeblähten Finanzmärkte, weniger denn je. Die Börsen- und Wechselkurse haben sich weitestgehend von der Realwirtschaft abgekoppelt, sie sind vielmehr das Ergebnis der enormen Geldflüsse. Das ist auch die Erklärung dafür, dass es inmitten dieser Wirtschaftskrise immer wieder zu starken Kurssteigerungen und hohen Renditen kommen kann.
2. **Jede Krise birgt auch Chancen** und für einige Unternehmen ist gerade die Krise der Nährboden, den sie für Wachstum benötigen. Denken Sie beispielsweise nur an Unternehmen, die Technologien zur Einsparung von Energie und zur Erzeugung von Alternativenergien entwickeln.
3. Weder die Stimmung noch die Situation ist überall so schlecht wie sie uns in Europa erscheint. **Legen Sie Ihre ethnozentrische Brille ab!** In vielen Ländern der Welt herrscht Aufbruchstimmung, ist ein großer Nachholbedarf gegeben und brummt der Wirtschaftsmotor unvermindert stark. Dort wird in den nächsten Jahren die Musik gespielt und dementsprechend groß sind dort auch die Investmentchancen, die Sie nützen sollten.

Auf Wunsch analysiere ich Ihre derzeitigen Anlagen auf Krisentauglichkeit. Unter Berücksichtigung des Gesagten, berate ich Sie bei der Auswahl der für Sie geeigneten Anlagestrategie und liefere Ihnen alle Detailinformationen zu den Produkten, mit welchen sich diese bestmöglich umsetzen lässt.

Gerne stehe ich Ihnen für ein unverbindliches Informationsgespräch zur Verfügung. Terminvereinbarung unter 02236 / 45074 bzw. 0664 / 15 22 146 oder per Mail unter office@weinberger-vif.at. Es würde mich freuen, wenn Sie von diesem Angebot in Ihrem Interesse Gebrauch machen!